

Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
14. Sitzung	Donnerstag, 3. September 2020 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Daniel Jenni, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmenzähler	Sandra Hehli Nadine Meier
Anwesend	39 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Thomas Zumsteg
Entschuldigt	Markus Renggli
Ende der Sitzung	21:50 Uhr

E	Beha	ındelte Ge	schäfte	Seite
	1	2020/08	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
	2	2020/14	Inpflichtnahme von Ursula Markwalder, CVP, anstelle von Sonja Frei	4
	3	2020/09	Ersatzwahl Ersatzmitglied Wahlbüro	4
	4	2020/10	Rechnung 2019	5
	5	2020/11	Rechenschaftsbericht 2019	8
	6	2020/12	Sanierung Hallen- und Gartenbad; Baukredit von CHF 9'469'000	10
	7	2020/13	Fusion Bevölkerungsschutz der Regionen Baden und Wasserschloss per 1. Januar 2021, Gemeindevertrag	20
	8	2019/27	Postulat Peter Marten betreffend Velovorzugsrouten im Siggenthaler Feld – Schutz und Erhalt dieses Naherholungsgebiets	21
	9	2020/15	Umfrage	22

Daniel Jenni, Präsident: Ich eröffne offiziell die 14. Einwohnerratssitzung dieser Legislatur. Kurz zu den Weisungen des Bundes. Eine Maskenpflicht besteht nicht, man kann diese aber selbstverständlich anziehen. Ich bitte innerhalb und ausserhalb des Saals, sowie in der Pause um den Mindestabstand.

1 2020.08 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Daniel Jenni: Zum Formellen:

Stefan Semela: Als Vorinformation: Wir werden beim Traktandum 6, Sanierung Hallen- und Gartenbad, Baukredit von CHF 9'469'000, den Ordnungsantrag stellen, dass wir dieses Geschäft an der Sitzung vom 23./24. September behandeln und das Traktandum auf diesen Termin verschoben wird. Dieses Traktandum wird nach der Pause besprochen, so dass die Fraktionen Zeit haben, sich in der Pause Gedanken über diesen Antrag zu machen. Was sind unsere Überlegungen dahinter? Wir haben gestern die Unterlagen für die Sitzung vom 23. + 24. September erhalten. Zusammen mit den Investitionen jetzt kommen wir auf ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund CHF 22 Mio., über welche wir im September entscheiden werden. Dieses Geschäft sollte unserer Ansicht nach, von der Sache her etwas weniger zu Diskutieren geben, als die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinde. Die Finanzierbarkeit und die Folgen der Verschuldung, auch die Auswirkungen auf den Steuerfuss und die allgemeinen Auswirkungen in Zukunft auf die Gemeinde. Es ist daher aus unserer Sicht verkehrt, jetzt über einen grossen Investitionsposten von CHF 9,5 Mio. zu beschliessen oder auch nicht, bevor die Diskussionen über die Gesamtschau, das heisst über den Aufgaben- und Finanzplan 2021 – 2025 und die daraus resultierenden Fragen bezüglich des künftige Steuerfusses geführt sind. Bei einem Gesamtvolumen von CHF 22 Mio. Investitionen müssen auch Fraaen bezüglich der Priorisierung, Etappierung bzw. die Grundsatzfrage gestellt werden, ob die Gemeinde sich dies leisten kann. Dies bevor über die einzelnen Investitionen beschlossen werden soll. Wir sind daher der Meinung, dass die richtige Reihenfolge sein sollte:

- Aufgaben- und Finanzplan 2021-2025 (abgestimmt werden muss nicht).
- Entscheid über die 4 Verpflichtungskredite (Hallen- und Gratenbad, Schulhausneubau Golidland, IT-Infrastruktur Schule und Feuerwehr)
- Budget 2021 mit den entsprechenden Folgen für den Steuerfuss.

Wir sind daher der Meinung, das Traktandum 6 von heute auf den 23./24. September zu verschieben und wollten noch vor dem Traktandum diesen Ordnungsantrag stellen.

Daniel Jenni: Wir gehen weiter mit Formelles. Als erstes habe ich den Rücktritt von Sonja Frei CVP, per 3. Juli 2020, bekannt zu geben. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen.

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sinda am 20. April 2020, folgende dem fakultativen Referendum unterstehende Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. März 2020 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung des Verpflichtungskredits von CHF 1'228'000 inkl. MwSt. für die Hochwasserschutzmassnahmen am Tobelbach, Renaturierung und Vergrösserung Eindolung; Nachtragskredit von CHF 34'000.00 inkl. MwSt. für die Beschaffung des Schulmobiliars für zwei zusätzliche Klassenzimmer

Zu den Mitteilungen: Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir hatten in unserem Gremium einen Wechsel. Thomas Zumsteg ist zu uns gestossen, als neuer Gemeindeschreiber und Vorsitzender der Geschäftsleitung. Heute ist sein dritter Arbeitstag. Er wohnt mit seiner Familie in Würenlingen und arbeitete zuletzt 11 Jahre als Geschäftsführer der Heilpädagogischen Schule Bezirk Bülach. Dort führte er die gesamtoperative Verantwortung der Geschäftsleitung ein. Zusätzlich war er im Projekt der Umwandlung eines Zweckverbands in eine interkommunale Anstalt involviert. Thomas Zumsteg verfügt über mehrjährige Erfahrung als Gemeindeschreiber und Amtsvormund in Gemeinden im Bezirk Zurzach. Er verfügt über mehrere Ausund Weiterbildungen im Bereich Public Management. Wir heissen ihn ganz herzlich Willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Bei der Wasserversorgung der Gemeinde, sind momentan krankheitsbedingte Absenzen zu verzeichnen. Der Gemeinderat, sowie die Geschäftsleitung sind aus diesem Grund aktuell dabei, die Wasserversorgung auf gute Beine zu stellen. Wir unterscheiden dabei 2 Phasen. In der ersten Phase werden bestimmte Arbeiten extern vergeben. Kurzfristig wird Unterstützung zur Überbrückung beigezogen. Durch diese Massnahme sollen die Mitarbeiter entlastet werden und somit können sie sich auf die absoluten Hauptaufgaben konzentrieren und den Betrieb sicherstellen. In der zweiten Phase überlegen sich der Gemeinderat und die Geschäftsleitung, wie die Funktionalität der Wasserversorgung auch längerfristig sichergestellt und insbesondere breiter abgestützt werden kann. Dafür werden verschiedene Möglichkeiten in Betracht gezogen. Es stehen dabei interne Lösungen zur Diskussion, aber auch Lösungen mit externen Partnern. Wir stehen nun am Anfang dieser Überlegungen, haben aber bereits erste Gespräche geführt. Unabhängig davon, ob es eine interne Lösung oder eine Lösung mit einem externen Partner geben wird, ist eines der zentralen Kriterien, die Beschäftigung der bisherigen Mitarbeiter der Wasserversorgung. Dies haben wir gegenüber unseren Gesprächspartnern, ganz deutlich kommuniziert. Die Wasserkommission ist informiert und wird in diesen Prozess einbezogen.

Wir müssen in den nächsten Jahren, oder noch gegen Ende dieses Jahres, die Bushaltestellen umbauen. Dies machen allerdings nicht wir als Gemeinde, sondern der Kanton. Diese Umbauten müssen getätigt werden, damit die Bushaltestellen behindertengerecht werden. Die Gemeinde muss sich im Umfang von 55% an den Kosten beteiligen. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die kommenden Umbauten gemacht werden müssen, allerdings hat der Gemeinderat mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, dass die Kosten im Vergleich zu der ersten Kostenschätzung im Vergleich um 71% höher sind. Damit hat der Kanton die Gemeinde auf dem linken Fuss erwischt, wie sie sich denken können. Wir haben beim Kanton interveniert! Einerseits beim zuständigen Projektleiter im Departement Bau, Verkehr- und Umwelt, aber auch beim zuständigen Regierungsrat Stefan Attinger. Am 4. August erhielten wir eine Antwort. Die Gemeinde darf nun einen Zahlungsplan erarbeiten. Wir werden uns erneut mit dem Kanton in Verbindung setzen.

Seit der letzten Einwohnerratssitzung im März, ist auch beim Thema OASE einiges passiert. Die Gemeinde traf sich mit dem Kanton. Bekanntermassen möchte der Kanton in der Stadt Baden einen Zwischenstopp einlegen und die Planung für das Siggenthal nochmals überdenken. Der Kanton möchte die Massnahmen auf dem Stand der Zwischenergebnisse belassen. Diesen Dienstag soll nun allerdings im Grossen Rat über die Limmattalbahn befunden werden und diese soll ins Zwischenergebnis eingetragen werden. Dies konnten Sie auch aus den Zeitungen entnehmen. In der Zwischenzeit hat sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Gemeinden Obersiggenthal, Untersiggenthal, Freienwil und Ehrendingen, sowie den Vertretern der IG OASE gebildet. Diese Arbeitsgruppe soll Entscheidungsgrundlagen erarbeiten und einen Informationsaustausch pflegen.

Wir haben mit der Vereinigung Markthof, diese besteht aus dem Zusammenschluss der Mieter, ein Gespräch geführt. Unter anderem war ein Thema das Littering, sowie die Nutzung der ehemaligen Schulstrasse. Im Bezug zum Littering wurden die Zuständigkeiten, vor allem im Bereich Denner- und Coopparkplatz und besonders bei der ehemaligen Entsorgungsstelle, geklärt. Die ehemalige Entsorgungsstelle wurde von der Gemeinde dem Grundeigentümer zurückgegeben. Dies ist vertraglich so festgehalten. Allerdings bestanden Unklarheiten über die Zuständigkeit des Unterhalts dieser Areale. Die Vereinigung Markthof ist zurzeit daran, den Unterhalt des ganzen Markhofareals und dem Parkplatz hinter den Filialen von Denner und Coop, zu regeln. Betreffend der Nutzung der ehemaligen Schulstrasse hat die Vereinigung Markthof zum Ausdruck gebracht, dass diese sehr interessiert ist an der Belegung dieses Bereichs. Sie ist somit offen für die Nutzung, durch die Gemeinde, die Schule, Parteien und Vereine. Das Reglement, welches bereits schon einmal beim Einwohnerrat war, wird nochmals aktualisiert und anschliessend auf der Internetseite aufgeschaltet. Es ist geplant, dass damit zusammenhängende Postulat von Christian Keller, im Dezember nochmals dem Einwohnerrat präsentiert wird.

Dann kommen wir zu der Informationsveranstaltung vom 3. September über die Vorlagen für die nächste Einwohnerratssitzung. Diese findet in der Aula Unterboden um 19.00 Uhr statt.

Dann die Information, dass es morgen in Folge von Belagsarbeiten zu erheblichen Verkehrsbehinderungen auf der Landstrasse in Nussbaumen, kommen wird. Es geht dabei um SIBANO. Dort werden nun Hausanschlüsse im Bereich der Landstrasse erstellt und der Kontrollschacht beim Kreisel Zentrum, ersetzt.

Walter Vega, Gemeinderat: An der Einwohnerratssitzung vom 29. November 2018 hat der Gemeinderat das Postulat der Grünen, zur Einführung einer Sozialkommission, beantwortet. In dieser Antwort stand unter anderem, dass eine Neubeurteilung des Postulats nach der Einführung und Etablierung der Geschäftsleitung, stattfinden soll. Das Ziel wäre gewesen, ca. 1 Jahr nach der Einführung, eine Neubeurteilung vorzunehmen. Dies wäre nun gewesen. Auf Grund des personellen Wechsels in der Geschäftsleitung, aber auch innerhalb der Abteilung Soziales, hat der Gemeinderat beschlossen diesen Punkt zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Ich würde Sie zur gegebenen Zeit wieder informieren.

Daniel Jenni: Neueingänge: Wir haben einen Neueingang. Motion "Markierung Veloquerung Kirchweg/Landstrasse". Über dieses werden wir das nächste oder übernächste Mal abstimmen.

Zum Protokoll: Es sind keine schriftlichen Meldungen eingegangen. Somit wird dieses genehmigt.

2 2020.14 Inpflichtnahme von Ursula Markwalder, CVP, anstelle von Sonja Frei

Daniel Jenni: Ursula Markwalder wird Sonja Frei, ablösen im Einwohnerrat. Inpflichtnahmen erfolgen gemäss Art. 2, Abs. 1, vom Geschäftsreglement des Einwohnerrates von Obersiggenthal. Ich bitte dich, Ursula, nach vorne zukommen, und die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben. Die Inpflichtnahme erfolgt durch das Nachsprechen des Wortes: Ich gelobe es. "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerates, die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Du bist damit Mitglied des Einwohnerrates von Obersiggenthal mit den Rechten und Verpflichtungen, die sich aus dem Ratsreglement der Gemeinde ergeben. Ich heisse dich im Rat willkommen und wünsche dir alles Gute.

Wir sind jetzt 39 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das Absolute Mehr beträgt weiterhin 20 Stimmen.

3 2020.09 Ersatzwahl Ersatzmitglied Wahlbüro

Daniel Jenni: Zur Wahl stellen sich einerseits Cornelia Haueisen, CVP, andererseits Michelle Müller, SVP.

Marcel Müller: Michelle Müller wird von der SVP-Fraktion portiert für diese Ersatzwahl. Sie ist parteilos. Sie ist im Jahr 2000 geboren und somit 20 Jahre alt. Hat gerade die Kantonsschule in Baden abgeschlossen und macht ein Zwischenjahr mit Arbeiten. Danach möchte sie wahrscheinlich studieren. Michelle ist engagiert und zuverlässig. Sie würde sich sehr freuen, sollte es mit dieser Wahl klappen.

4 2020.10 Rechnung 2019

Eintreten nicht bestritten

Linus Egger, Vizeammann: Ich darf euch die Rechnung 2019 der Einwohnergemeinde Obersiggenthal präsentieren. Da es sich um eine Vergangenheitsbewältigung handelt, kann ich mich kurz fassen. Anhand von Folien werde ich euch die Ergebnisse präsentieren. Auf diesen Folien sind die Veränderungen seit der Einführung von HRM 2 ersichtlich, also ab dem Jahre 2014.

Öffentliche Ordnung und Verteidigung

Darin ist die Auslagerung an das KESD enthalten, was die grösste Differenz zwischen 2014 – 2019 erklärt.

Gesundheit

In dieser Differenz befinden sich die Spitex, sowie die Verrechnungen über die Clearingstelle der Pflegeheime. In diesen Jahren hatten wir eine Steigerung von rund CHF 1.2 Mio. Was rund 6 % Steuerprozenten entspricht.

Soziale Sicherheit

Ebenso hatten wir eine Steigerung bei der sozialen Sicherheit von beinahe CHF 1 Mio.

Dies waren die wichtigsten Kostentreiber der vergangenen Jahre.

Erträge

Wenn wir die Erträge betrachten, so stellen wir fest, dass wir das Budget bei den ordentlichen Steuern nicht erreicht haben. Dies ist unschön, weil das das Benzin für die Zukunft ist. Bei den Sondersteuern wurde das Budget deutlich übertroffen. Vor allem bei den Grunstückgewinnsteuern und bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern. Dank den Mehrerträgen bei den Sondersteuern konnte das Minus bei den ordentlichen Steuern bis auf CHF 200'000 aufgeholt werden

Bei den Engelten (Gebühren) haben wir das Budget um CHF 200'000 übertroffen. Beim Transferertrag (Rückerstattungen von Bund und Kanton) wurde das Budget um CHF 250'000 übertroffen. Bei den Personalkosten wurde das Budget um CHF 130000 unterschritten. Der Grund der Unterschreitung ist, dass nicht alle Stellen eins zu ein ersetzt werden konnten. Beim Sach- und Betriebsaufwand wurde die Position Honorare Dritte überschritten. Das benötigte Fremdpersonal wurde in dieser Position abgerechnet.

Aufwand

Die Stellen beim Personal könnten nicht immer eins zu eins ersetzt werden. Deshalb wurde das Budget um CHF 130'000 unterschritten. Diese Pendenzen mussten mit externen Aushilfen besetzt werden. Diese Kosten wurden unter Honorare Dritte verbucht. Das ist der Hauptgrund warum das Budget beim Sach-und Betriebsaufwand überschritten wurde.

Bei den Abschreibungen mussten Positionen übernommen werden, welche bei der Budgetierung noch nicht bekannt waren.

Die Kosten beim Transferaufwand konnten weiter gesenkt werden. Beim betrieblichen Aufwand wurde das Budget um CHF 19'000 unterschritten. Dieses Ergebnis betrachte ich als sehr gut und ich möchte der Verwaltung für das kostenbewusste Handeln danken.

Trotz den Einsparungen resultierte beim operativen Ergebnis immer noch ein Minus von CHF 529'000 (Budaet minus CHF 770'000).

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen sind CHF 200'000 tiefer angefallen, weil wir verschieden geplante Investitionen in die Erfolgsrechnung übernehmen mussten, weil der Kostenanfall tiefer war als die vorgeschriebenen CF 75'000 pro Investition.

Die Nettoschuld konnte um CHF 1'000'000 reduziert werden. Das ist doppelt so viel wie im Budget vorgesehen war. Die Nettoschuld per Ende 2019 beträgt CHF 16,7 Mio. Umgerechnet auf den einzelnen Einwohner ergibt dies eine Nettoschuld von CHF 1'938 (Budget CHF 2050).

Steuerausstände

In Obersiggenthal weisen wir Steuerausstände 11,73%, Bezirk Baden 11.96%. Die Ausstände der Gemeinden mit über 8'000 Einwohner im Kanton haben Ausstände von 14.03%. Die Ausstände von Obersiggenthal betrachte ich als gut. An dieser Stelle möchte der Abteilung Finanzen, insbesondere dem Leiter Beni Wehrli, so auch der ganzen Verwaltung, ganz herzlich danken.

Zum Abschluss noch die Spezialfinanzierungen (Wasserwerk, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung) welche ich zusammengefasst habe. Beim operativen Ergebnis haben wir eine Punktlandung erzielt. Die Investitionen fielen rund eine Million tiefer aus als budgetiert. Dies bedeutet, dass das Finanzierungsergebnis ebenfalls eine Million tiefer ausfällt als im Budget angenommen wurde.

Ursula Haag, Fiko-Präsidentin: Ich werde zu der Rechnung, aus Sicht der Finanzkommission nur wenige Worte sagen. Die Prüfung liegt, wie bereits erwähnt, schon lange zurück und am Ergebnis können wir nichts ändern. Die FIKO hat sich in der letzten Zeit, mit den Kosten des Hallen- und Gartenbades beschäftigt und auch mit dem Budget 2021. Es ist sehr wichtig, dass unser Blick in die Zukunft gerichtet ist und aus der Rechnung 2019 nur noch wenige Fakten mitnehmen. Die Rechnung 2019 war durch viele Verschiebungen innerhalb der Rechnung 2019, sowie durch ausserordentliche Abweichungen geprägt. Beim betrieblichen Aufwand gab es eine Punktlandung. Der Ertrag lag leicht über dem Budget. Gründe die zu der grossen Verschiebung führten waren, externe Unterstützungen der Abteilung Soziales und Steuern, bedingt durch Personalabwesenheiten. Man musste externe Berater zuziehen. Das sind Kosten inkl. Lohnaufwand von 1,76% über dem Budget. Weiter wurden auch bei der Pflegefinanzierung wesentlich höhere Kosten als budgetiert, der Gemeinde, in Rechnung gestellt. Auch hier sprechen wir von einer Kostensteigerung von einem Steuerprozent. Die Einkommens- und Vermögenssteuern lagen unter dem Budget. Nur dank der Erbschaft- und Schenkungssteuern fiel die Differenz zum Budget geringer aus. Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen ist die Abweichung gegenüber dem Budget positiv. Die Nettoverschuldung hat, wie bereits erwähnt, um CHF 1 Million abgenommen, was dazu führte, dass die Verschuldung pro Einwohner auf CHF 1'938 gesunken ist. Dieser Effekt ist nun mit der Rechnung 2019 abgeschlossen. Wir haben nun keine Aufwertungsreserven mehr, die wir in die Rechnung einfliessen lassen könnten. Die Verschuldung wird nun mit jeder neuen Investition zunehmen. Durch eine Steuerfusserhöhung könnte man gegebenenfalls entgegenwirken. Aus der Sicht der FIKO sollten zukünftige Investitionen auf ihre finanzielle Tragbarkeit, kritisch hinterfragt werden. Wir haben auch die Spezialfinanzierungen angeschaut, Wasser, Abwasser und Abfall und haben gegenüber dem Bericht der FIKO nichts mehr zu sagen.

Peter Marten: Die FDP-Fraktion hat die Rechnung 2019 mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Diese ist auf den ersten Blick besser als erwartet ausgefallen und die verschiedenen Zahlen haben wir gerade eben präsentiert bekommen. Beim zweiten Blick auf die Rechnung sieht man, dass diese sehr stark von diversen Sondereffekten geprägt ist. Auch haben wir gesehen, dass die Gesundheitskosten weiter zugenommen haben, dies gegenüber der letzten Rechnung um weitere CHF 250'000 oder gegenüber dem Budget CHF 300'000, dies bedeutet, wir haben hier wieder 1 Steuerprozent weniger. Sorgen macht uns der Fiskalertrag der natürlichen Personen im Rechnungsjahr. Wir stellen fest, dass wir einen weiteren Rückgang der Ertragskraft haben. Linus erwähnte, dieser sei das Benzin für unseren Motor. Ich habe gedanklich nach einer Metapher gesucht. Ich möchte dies so erläutern. Wir haben eine Tankstelle,

an der wir versuchen Benzin zu verkaufen. Nun haben wir den Effekt, sollten wir den Benzinpreis erhöhen, würden wir trotzdem nicht mehr einnehmen. Nun gibt es zwei Varianten. Vielleicht haben wir weniger Kunden die Benzin beziehen möchten, oder die Lenkungsmassnahmen der Rats-Linken würden greifen, das ist eine der Varianten. Aber meiner Meinung nach
haben wir eher das Problem, dass wir nicht mehr so viel zahlungskräftige Kundschaft haben.
Bald stellt sich die Frage, ob die zahlungskräftige Kundschaft bei Erhöhung des Benzinpreises
um die Kassen wieder zu füllen, weiterhin hier bleibt, oder sich möglicherweise eine neue
Tankstelle sucht. So oder so bereitet uns dies Sorge! Vor allem mit Blick auf die Zukunft. Wir
kennen nicht den genauen Grund für diesen Rückgang. Ist es die Anzahl Personen oder eher
die Finanzkraft der einzelnen Steuerzahler? Dieser Aspekt macht uns grosse Sorgen, weil wir
auch keine Erklärung haben für dies.

Urs Müller: Die Fraktion der Grünen stellt fest, dass gut budgetiert und sparsamer Haushalt betrieben wurde. Bei den Mehrausgaben ist viel dabei, das wir nicht beeinflussen können und einfach bezahlen müssen. Das operative Ergebnis ist rund 1% besser als budgetiert. Die Einkommens- und Vermögenssteuern liegen leicht unter dem Budget. Peter Marten hat soeben erwähnt, dies bereite ihm Sorge und die FIKO hat gesagt, es sei unbefriedigend, wobei dieses Minus weniger ist als 1%. Also dürfen wir auch nichts dramatisieren. Wir sind genauer im Budgetieren, als unser Finanzminister auf Bundesebene. Dieses weniger als 1% ist eigentlich eine Punktlandung, darum werden wir diese Rechnung genehmigen, mit Verdanken dem Gemeinderat und der Verwaltung.

Daniela Graubner: Wir möchten als erstes der Verwaltung danke sagen und der Finanzverwaltung für das Erstellen der Rechnung. Die Rechnung 2019 schliesst auf den ersten Blick positiver ab als budgetiert, wobei wir mit dem besseren Resultat aber noch nicht glücklich sind. Die Einkommens– und Vermögenssteuer des Rechnungsjahres, wie auch die der Vorjahre, liegen deutlich unter dem Budget. Das Gesamtergebnis des Steuerertrags liegt trotz tiefen Steuern nicht so stark unter dem Budget, verdanken wir zu einem grossen Teil der Sondersteuern. Die Entwicklung der Einkommens– und Vermögenssteuer in den letzten Jahren zeigt aber, dass trotz höherem Steuerfuss keine nennenswerte Steigerung festgestellt werden kann. Das Niveau können wir nur knapp halten. Unsere Herausforderung, wie schon in den Vorjahren, ist das Dilemma mit der sinkenden Steuerkraft, meiner Definition zu Folge, sowie die drückenden Ausgaben in der laufenden Rechnung. Wo in der der laufenden Rechnung die Punkte sind welche drücken, haben wir heute schon wiederholt gehört.

Erich Schmid: Auch wir haben die Rechnung angeschaut. Die Stichworte, welche wir aufgeschrieben haben, wurden auch von unseren Vorrednern bereits gesagt. Der Abschluss ist besser als erwartet, aber auch ernüchternd! Insbesondere, dass die Steuerkraft sich nicht bessert. Dies ist ein Punkt, der vor allem für die Zukunft zu denken gibt. Die Ausgabendisziplin war sehr gut und ich möchte dem Gemeinderat und der Verwaltung ein Kränzchen binden. Bei den Abweichungen wurden die Gründe dafür auch klar ausgewiesen. Wenn man den Selbstfinanzierungsanteil betrachtet, sieht man die Problematik der Gesamtfinanzen. Der Selbstfinanzierungsgrad war gut, weil wir geringe Investitionen hatten, was sich nächstes Jahr massiv ändern wird.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion bedankt sich, für die wertvolle und sehr gut aufbereitete Arbeit der ganzen Finanzabteilung, unter der Leitung von Bernhard Wehrli. Wir bedanken uns auch, bei der ganzen Finanzkommission, unter Leitung von Uschi Haag.

Nachdem zuvor einige Jahre, zum Teil massiv im Minus abgeschlossen wurde, folgte im vergangenen Jahr 2019 ein mit plus CHF 300'000 operativem Ergebnis. Bereits 2018 wies die SVP-Fraktion allerdings darauf hin, dass dieses positive Ergebnis nur auf Grund rund CHF 600'000 ausserordentlichen, einmaligen Einnahmen, zu Stande kam.

Im Jahr 2019 machte die Gemeinde erneut einen operativen Verlust von CHF 500'000. Der betrieblichen Aufwand stieg um CHF 400'000, was vor allem bedenklich ist. Der Fiskalertrag 2019 lag volle CHF 500'000 unter dem Rechnungsabschluss 2018. Der Budgetierungsprozess ist immer wichtig. Ebenso wichtig sind die Entwicklungen von Rechnung zu Rechnung. Da handelt es sich um die Wahrheit! Die Wahrheit liegt in der Rechnung und nicht im Budget. Die CHF

500'000 Verlust sind immerhin 2,5 Steuerprozente. Selbst wenn wir um 2,5% die Steuern erhöhen würden, haben wir damit erst das Budget ausgeglichen. Die Steuerkraft in Obersiggenthal hat abgenommen.

Einen operativen Verlust von CHF 500'000 zu schreiben, in einer Zeit der absoluten Hochkonjunktur des Jahres 2019, weisst ein schlechtes Ergebnis aus und zeigt einmal mehr auf, in welch
grossen, strukturellen Finanznöten Obersiggenthal steckt. Die meisten Gemeinden im Bezirk
Baden, zeigen positive Rechnungsabschlüsse im Jahr 2019. Ebenso müsste es auch in Obersiggenthal sein. Nun stecken wir auf Grund von Corona in einer tiefen Rezession und möchten
uns eigentlich gar nicht ausmalen, wie die kommenden Rechnungen 2020, 2021 und allenfalls
2022 aussehen werden. So viel kann man aber jetzt schon sagen, die Steuereinnahmen 2020
und 2021 werden wohl deutlich unter dem Abschluss 2019 liegen. Dies wird uns alle sehr beschäftigen. Wer mit solchen strukturellen, jährlichen Defiziten und der aktuell vorhandenen Rezession jetzt grosse Investitionen beschliesst, handelt schlicht und einfach unverantwortlich.
Die vorgesehene Steuerfusserhöhung von 105 % auf 110 %, wird bei diesem massiven Investitionsvorhaben niemals ausreichen. Der Gemeinderat sowie die FIKO und der Einwohnerrat wissen dies im Grunde.

Carol Demarmels: Wir streben kein lanaes Fraktionsvotum an, da wir die Zahlen mehrfach gehört und gesehen haben. Ich möchte aber kurz einige Dinge erwähnen. Die Frage stellt sich, was zuerst da war. Das Huhn oder das Ei? Es wurde gesagt, wir hätten zu wenig zahlungskräftige Kundschaft und an anderer Stelle die Aussage, wir dürfen keine Investitionen tätigen. Fragt sich nun, was das Eine bedingt und welches ist der Effekt des Anderen? Dies können wir nicht definitiv sagen. Insgesamt bedanken wir uns für die saubere Rechnungsführung. Ich finde die Erläuterungen dazu sehr plausibel und somit ist für mich die Rechnung beim Durchlesen selbsterklärend. Wir haben ein Anliegen und auch eine Anmerkung. Uns sind die vielen krankheitsbedingten Ausfälle und Stellenwechsel aufgefallen, welche mit grossen Kosten verbunden sind. Wir reden nicht von Ausfällen bezüglich Mutterschaft. Hier kann man beinahe genau sagen, welche Kosten dadurch entstanden sind, die wiederum abgeglichen sind. Ich würde gerne wissen, ob sich die Gemeinde als Arbeitgeber im normalen Rahmen bewegt oder ist dies ein ausserordentlicher Wert. Als Zweites würde ich persönlich es sehr begrüssen, wenn man bei der Rechnung die Abweichungen zwischen Rechnung und Budget in prozentueller Form ablesen könnte. Nun habe ich heute gehört, dass dies die FIKO für sich selbst ebenso handhabt. Das würde es sehr erleichtern die Positionen ausfindig zu machen. Urs Müller hat dies selbst errechnet und es war uns möglich den prozentuellen Anteil zu erkennen. Vielleicht könnte man dies auch im Budgetvergleich anwenden und diesen als Prozentsatz darstellen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2019 wird Entlastung des Rechnungsstellers einstimmig genehmigt. Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

5 2020.11 Rechenschaftsbericht 2019

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Rechenschaftsbericht liegt ihnen vor und ich gehe davon aus, dass ihn alle gelesen haben. Ich würde den Rechenschaftsbericht gerne zur Diskussion stellen.

Rolf Bachmann: Ich habe den Bericht angeschaut und bedanke mich für die umfassenden Ausführungen. Es ist gut, dass wir den Bericht in Zukunft online herunterladen können.

Micha Jetzter: Wir haben den Rechenschaftsbericht zu Kenntnis genommen und sprechen allen beteiligten unseren Dank aus. Einen Punkt möchten wir erneut mit auf den Weg geben. Ich bin mir nicht sicher über die Notwendigkeit eines Berichts mit zirka 70 Seiten Umfang. Ich bin der Meinung, dass wir diese Ressourcen in der heutigen Zeit anderweitig und besser einsetzen können.

Mia Jenni: Wir von der SP-Fraktion haben den Bericht mit Interesse gelesen und auch diskutiert. Wir sind sehr dankbar für diese ausführliche Arbeit. Doch sind auch wir froh, dass künftig der Bericht online zur Verfügung steht. Weitere Berichte erwarten wir mit Gespanntheit.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion hat den sehr umfangreichen Bericht gelesen und interessante Fakten zu Kenntnis genommen. Wir sehen, dass hinter all den Zahlen und Texten eine riesige Arbeit steckt. Auf allen Ebenen ist "Sparen" angesagt! Im Namen der FDP-Fraktion habe ich den Bericht überarbeitet und alles weggestrichen, was es unserer Meinung nach nicht braucht. Die Berichte der einzelnen Fraktionen sollten auch gekürzt werden. Dies habe ich mir aber nicht erlaubt, weil ich der Meinung bin, dass nur der jeweilige Verfasser selbst das Recht dazu hat. Gerne überreiche ich an dieser Stelle das, mit Rot überarbeitete Exemplar Bettina Lutz Güttler.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir werden dieses Exemplar sehr gerne anschauen. An dieser Stelle möchte erwähnen, dass der Eindruck richtig ist und sehr viel Arbeit in diesem Bericht steckt. Ich habe mich im Vorfeld bei Romana Hächler erkundigt und dabei erfahren, dass gut eine Woche Arbeit dafür verwenden wird. Im Vergleich zum Bericht 1982 inkl. der Rechnung, welcher in einem kleinen Büchlein Platz fand, lässt sich sagen, dass man sich damals sehr kurz gehalten hat. Ich bin auch offen für weitere Ideen um den Bericht zu kürzen. Wir würden das Weglassen von unerwünschten Details mit ihnen besprechen.

Carol Demarmels: Ich habe eine Frage bezüglich den Texten im Rechenschaftsbericht. Empfinden die Verfasser der Texte diese Arbeit als "aufgebürdet", oder ist es eher eine Wertschätzung der geleisteten Arbeit, die präsentiert werden können?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es sind beide Komponenten vertreten. Natürlich ist es auch ein Zeichen der Wertschätzung der ganzen Kommission. Ich möchte niemandem zu nahe treten mit der Äusserung, dass ich der Meinung bin, der Bericht ist nicht sehr aussagekräftig, was die Arbeit der Gemeinde betrifft. Wenn man im Bericht liest, wo welcher Pilz in welchem Monat gewachsen ist. Dies ist zwar sehr interessant, sagt aber nicht viel über die Tätigkeit der Verwaltung aus. Durchaus hat es eine wertschätzende Komponente.

Daniel Jenni: Ich möchte auch noch etwas zum Rechenschaftsbericht sagen. Es sind Teile darin enthalten, welche auf unseren eigenen Wunsch hin, berücksichtigt werden. Ich erinnere mich an Sitzungen, in denen wir unsere Wünsche geäussert haben, was enthalten sein sollte. Somit sind wir auch etwas selber schuld daran, dass der Bericht so ausführlich ist. Also werden wir den Inhalt nun reduzieren und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufstocken.

Marco Erni: Ich möchte hier noch anmerken, dass ich beinahe eine Seite über die Planungskommission geschrieben habe, dies wurde jedoch nicht zusätzlich entschädigt. Ich wusste nicht so recht was ich schreiben sollte. Wieviel Text oder auch über den Inhalt, hatte ich keine Richtlinien. Es wäre gut, wenn eine Vorgabe bestünde. Ich habe mich dann an eine Vorgabe meiner Vorgängerin gehalten. Meine Überlegungen was wichtig sein könnte, mit dem Risiko, dass es vielleicht niemanden interessieren könnte. Es wäre hilfreich für mich, wenn die Kommission eine Angabe über die Anzahl der Zeichen machen könnte und einen Richtwert über den Inhalt der Texte. Vielleicht gäbe es da auch noch Möglichkeiten zur Kürzung.

Daniel Jenni: Dies kann man einfliessen lassen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2019 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 2020.12 Sanierung Hallen- und Gartenbad; Baukredit von CHF 9'469'000

Eintreten nicht bestritten

Daniel Jenni: Für die überarbeitete Vorlage des Baukredits Hallen- und Gartenbad besteht ein Ordnungsantrag der FDP-Fraktion. Er lautet folgendermassen: "Es sei das Traktandum 6 verarbeitetes Vorprojekt für das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal Baukredit von CHF 9'469'000, auf die Doppelsitzung vom 23./24. September 2020 zu verschieben." Es ist ein Ordnungsantrag, die Voten dürfen sich nur auf die Verschiebung des Traktandums beziehen.

Ralph Hunziker: Ich bin gerade etwas irritiert über den zeitlichen Rückstellungsantrag bzw. Verschiebungsantrag. Frage mich, was wir in diesen 3 Wochen gewinnen sollten? Die Aufgaben- und Finanzpläne sind vorhanden. Man kann die Pläne anschauen. Diese verändern sich immer wieder und die nächste Investition wird auch immer wieder fällig. So wissen wir in drei Wochen nicht mehr als heute. Wir kennen die Investitionen, welche der Gemeinderat geplant hat. Der Gemeinderat wird anfangs November, bei der Informationsveranstaltung, die Bevölkerung sowie auch uns darüber informieren, wie wir das zu finanzieren gedenken. Für mich persönlich ist der Verschiebungsantrag nicht klar. Einmal zurückgespielt, dann quer gespielt, doch niemals nach vorne! Die Bevölkerung von Obersiggenthal sollte jetzt entscheiden können. Sie sollten für oder gegen den Erhalt des Hallen– und Gartenbades sowie den Baukredit, nun Stellung beziehen können. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion diesen Ordnungsantrag ab.

Volkmar Haueisen: Wir bedanken uns beim Präsidenten, dass wir den Antrag noch vor der Pause gehört haben und uns somit in der Pause beraten konnten. Wir fanden den Antrag sehr interessant und haben die Vor- und Nachteile ausgiebig diskutiert. Wir kamen zum Entschluss, dass man in drei Wochen eine Gesamtschau hat, welche für uns nicht relevant ist. Wir gehen davon aus, dass die Anwesenden und auch jeder Einwohner, die Gesamtschau über die finanzielle Situation und über die anstehenden Investitionen haben. Wir nehmen nicht an, dass in drei Wochen eine zusätzlich Entscheidungsrelevante Information dazukommt. Aus diesem Grund sagt die CVP-Fraktion, wir sind hier um zu entscheiden, dies ist unsere Pflicht und lehnen den Antrag somit ab.

Urs Müller: Vor zwei Jahren hat die FDP-Fraktion die Rückweisung beantragt. Dies habe ich verstanden und fand es auch richtig, da damals in kurzer Zeit die Zahlen von CHF 8 Mio. auf CHF 10-14 Mio. gestiegen sind. Damals waren wir verunsichert. Heute haben wir eine ausgezeichnet ausgearbeitete Vorlage, an der sich in 3 Wochen überhaupt nichts mehr ändern wird. Was mich nun etwas irritiert, dass niemand von der FDP-Fraktion dies bereits an der Präsidentenfraktionssitzung erwähnt hat. Danach sogar in der Zeitung schreibt, man wolle eine Rückweisung beantragen. Aber das Traktandum zu verschieben, kommt für mich wie aus heiteren Himmel und ist eine Hau-Ruck-Taktik! Wir sind dafür, dass wir heute über dieses Geschäft sprechen.

Daniel Jenni: Wenn keine weiteren Voten sind, würden wir nun über den Ordnungsantrag abstimmen.

Absimmung

Antrag FDP-Fraktion: Es sei das Traktandum 6 verarbeitetes Vorprojekt für das Hallen– und Gartenbad Obersiggenthal Baukredit von CHF 9'469'000, auf die Doppelsitzung vom 23./24. September 2020 zu verschieben.

Der Ordnungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 29 Nein-Stimmen zu 10 Ja-Stimmen abgelehnt.

Peter Stucki, Gemeinderat: Ich darf die Korrektur zu dem Antrag anbringen. Wir möchten CHF 274'000 weniger ausgeben. Wir haben zwei bereits beschlossene Kredite, welche in dem heute vorliegenden Baukredit eingeschlossen sind. Es handelt sich um CHF 175'000 die bereits gesprochen sind durch den Einwohnerrat für das erste Bauprojekt und CHF 99'000 für das zweite Vorprojekt. Diese sind in der heute geschriebenen Summe enthalten und müssen somit nicht mehr durch den Einwohnerrat bewilligt werden.

An unserem Informationsabend vom 20. August haben Ihnen die Architekten und die Fachleute aufgezeigt, was als absolutes Minimum gemacht werden muss, damit unser Hallen- und Gartenbad die nächsten 5 bis 10 Jahre überlebt. Das ist die Frist, die der Einwohnerrat bei der Ablehnung vom ersten Vorprojekt im November vor zwei Jahren für den neuen Antrag, über den wir heute abstimmen, vorgegeben hat.

Bei der Entwicklung des neuen Vorprojekts hat sich gezeigt, dass die notwendigen Massnahmen ein Überleben des Hallen- und Gartenbads von mehr als nur 5 bis 10 Jahren erlaubt. Es ist nicht möglich nur für 5 bis 10 Jahren eine Betonsäule zu konstruieren. Wir gehen davon aus, dass bei einer Realisierung des Vorprojekts in den nächsten 15 Jahren keine grösseren, vorhersehbaren Kosten für den Erhalt der Anlage entstehen sollten.

Was muss gemacht werden? Zum einen müssen die statischen Schwächen in den Aussenschwimmbecken verstärkt werden. Dies scheint offensichtlich zu sein. Genauso offensichtlich ist es, dass die Bauteile, Installationen und Geräte, welche ihr Lebensende erreichen, ersetzt werden müssen. Weniger offensichtlich, aber trotzdem eine Realität ist es, dass wir als Gemeinde und als Baubewilligungsbehörde die Werkeigentümerhaftung in unseren eigenen Liegenschaften und die Vorschriften aus dem Behindertengesetz nicht ignorieren können. Wir müssen jetzt die entsprechenden, baulichen Anpassungen vornehmen. Das ist bei den völlig fehlenden Absturzsicherungen und, was das Behindertengesetz betrifft, bei einem vielstufigen Terrassenbad aufwändig. Ohne diese Massnahmen ist unser Bad nicht überlebensfähig. Das Einzige, was nicht zwingend nötig ist, ist der Umbau des Eingangsbereichs. Wenn der Einwohnerrat diese Verzichtsoption umsetzen möchte, vergeben wir uns die Möglichkeit, Ausstattungen die heute üblich sind in Schwimmbädern zu bauen. Der Baukredit beträgt CHF 9'195'000. Ich habe Ihnen am Informationsabend aufgezeigt, dass diese Summe nicht die reellen Kosten sein werden. Wir rechnen mit einem Beitrag des Swisslos Sportfonds von CHF 1,5 Mio. Wir rechnen damit, versprechen kann ich Ihnen diesen Beitrag aber nicht. Neue Abklärungen, welche wir jetzt nochmals gemacht haben, erhärten aber diese Schätzung. Damit sind wir nicht mehr bei CHF 9,5 Mio. sondern unter CHF 7,7 Mio. Mit dem Einlösen der Verzichtsoption sind wir bei CHF 6.8 Mio.

Nach der Eröffnung 1971 haben wir für den ersten Sanierungszyklus von 1983 bis 1987, CHF 7,7 Mio. ausgegeben. Das hat bis ins Jahr 2000 ausgereicht. Dann haben wir für den zweiten Sanierungszyklus vom Jahr 2000 bis 2014, also für mittlerweile 20 Jahre, CHF 6,5 Mio. ausgegeben. Heute möchte ich von Ihnen eine Zusage über CHF 7,7 Mio. für mindestens die nächsten 15 Jahre und das mit einem Verzicht auf die Verzichtsoption. D Betrag ist darum so hoch, weil wir neue gesetzliche Auflagen einhalten und neue Bauten erstellen müssen. Die CHF 7,7 Mio. bestehen also nicht nur aus Sanierungskosten wie früher.

Die benachbarten Gemeinden wurden über eine Beteiligung an den Betriebskosten gegen Gewährung von "Goodies" für ihre Bevölkerung, angefragt. Die Gemeinde Untersiggenthal hat schon mitgeteilt, dass für sie unser Schwimmbad wichtig ist und sie eine Beteiligung gerne mit uns nach der Volksabstimmung im November besprechen möchte. Ehrendingen hat für das kommende und die folgenden Jahre eine Beteiligung ins Budget aufgenommen, mit der Voraussetzung, dass ihre Bevölkerung die gleichen Vergünstigungen erhält, wie unsere Bevölkerung.

Wie Sie es im November vor zwei Jahren verlangt haben, war die Finanzkommission an allen Baukommissionssitzungen vertreten und hat den von Ihnen gewünschten Bericht zu unserem Antrag geliefert. Wie Sie es ebenfalls verlangt haben, wurde am Informationsabend der Aufgaben- und Finanzplan für die nächsten 5 Jahre aufgezeigt. Es liegt noch kein neuerer Plan vor und der Plan, der Ihnen am Ende von diesem Monat präsentiert werden wird, wird nur marginale Änderungen enthalten. Es sind somit alle von der FDP-Fraktion bei der Zurückweisung des im letzten Vorprojekts formulierten Vorgaben, für das neue Vorprojekt lückenlos erfüllt.

Die Verantwortung über die Finanzen der Gemeinde haben heisst, die richtige Balance zwischen Achtsamkeit und Vorsicht einerseits, aber auch den Glauben in die Zukunft und das Vertrauen in die eigenen Stärken andererseits zu finden. Das Geld zu verschleudern, ist verantwortungslos. Das Leben in der Gemeinde durch Zaudern, Schwarzmalen und Unterstellung durch ausschliesslich worst-case-Szenarien zu ersticken, ist genauso verantwortungslos. Ohne Glauben in die Zukunft wird es nie Entwicklungen geben.

Unsere Gemeinde steht vor grossen Investitionen und wird ihre Schulden deutlich erhöhen müssen. Wir wollen den Wert vom Hallen- und Gartenbad erhalten und nicht zerstören. Mit dem Schulhaus und ihren IT-Infrastruktur müssen wir unseren Beitrag zu einem der höchsten Bildungsniveaus in der ganzen globalisierten Welt leisten, der einzige Rohstoff, den wir in der Schweiz haben.

Der Gemeinderat hat die Investitionen lange und kritisch geprüft. Er ist zu der Überzeugung gekommen, dass unsere Gemeinde diese Lasten stemmen kann und möchte diese Werte erhalten und schaffen.

Am Informationsabend haben wir aufgezeigt, dass die meisten baulichen Massnahmen keine besondere Dringlichkeit aufweisen. So ist es möglich, die Ausführung des Vorhabens, entgegen der Planung im Antrag, um 2 bis vielleicht 3 Jahre mit Rücksicht auf den Aufgaben- und Finanzplan nach hinten zu verschieben. Ganz wichtig dabei ist aber, dass der Einwohnerrat heute dem Antrag zustimmt, damit Planungssicherheit besteht. Freie Hand für eine mögliche schnelle Sanierung der Statik gegeben ist und die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen der Gemeinde, im Hinblick auf die Werkeigentümerhaftpflicht und dem Behindertengesetz erkennbar sind. Es wurde aufgezeigt, dass ein Abriss der Liegenschaft ebenfalls viel Geld kostet. Neue Begehren der Schule bezüglich fehlenden Sporträumen führt und das Volk fürs Geld, welches bereits ausgegeben wurde, nichts erhält. Mit einer Ablehnung werden die Schulden nicht kleiner.

Daniel Jenni: Die Finanzkommission hat zu diesem Thema eine Brief geschrieben, den haben wir gelesen.

Jacqueline Magni: Die EVP-Fraktion spricht sich grundsätzlich für die Sanierung und Weiterführung des Hallen- und Gartenbades aus. Wir sehen darin einen Mehrwert für die ganze Bevölkerung von Obersiggenthal, ebenso für die umliegenden Gemeinden. Selbstverständlich ist es schön und für die Gesundheit förderlich, wenn man den verschiedenen Zielgruppen ein gut funktionierendes und, wie wir gehört haben, eines der schönsten Bäder der Schweiz, anbieten kann. Wir sind uns bewusst, dass die Vorgaben des Kantons bezüglich des Schwimmunterrichts eingehalten werden müssen. Neben der Tatsache, dass der Gesundheitsaspekt sehr wichtig ist. Trotz alle dem wagen wir, die damit verbundenen Kosten, in Frage zu stellen. Rechtfertigt dieses Angebot die vielen Steuerprozente, nebst den vielen anderen Investitionen, die noch anstehend sind? Auch wenn der Kanton solche Vorgaben an die sportliche Förderung stellt, fragt sich, ob diese zu jedem Preis umgesetzt werden müssen. Auch wenn wir grundsätzlich für den Erhalt des Bades sind, so wagen wir es doch frühzeitig dies in Frage zu stellen. Aus diesem Grund wird die EVP-Fraktion für die Sanierung stimmen, damit das Anliegen dem Volk präsentiert werden kann, weil wir der Meinung sind, dass dieses Vorhaben entweder von allen mitgetragen wird oder eben auch nicht.

Andreas Baumgartner: Die CVP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die sehr informative Informationsveranstaltung vom 20. August 2020.

An dieser Veranstaltung konnten sich alle anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einen Überblick über dieses komplexe und teure Projekt verschaffen. Wir schätzten die Anwesenheit der Fachleute, welche auftretende Fragen beantworten konnten. Wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte hatten somit alle die Gelegenheit unsere Meinung zum vorliegenden Projekt zu schärfen. Der Erhalt des Hallen- und Gartenbades kostet noch immer sehr viel. Mit dem aktuellen Sanierungsprojekt wird ein massvolles Projekt vorgelegt, welches aus unserer Sicht ein zweckmässiges Vorgehen für den Erhalt des HGB für die kommenden 20 Jahre aufzeigt. Wir sind jetzt aber an einem Punkt angelangt, an welchem es nur ein entweder oder gibt. Die möglichen Einsparungen gegenüber dem ersten Projekt wurden gemacht. Wünschbares wurde weitestgehend gestrichen und das Projekt wurde auf das Notwendige reduziert Entweder wir sind für das Hallen- und Gartenbad und sind bereit viel Geld auszugeben und wir profitieren von diesem Hallen- und Gartenbad auch als Standortvorteil für unsere Gemeinde. Oder wir lassen das Hallen- und Gartenbad langsam sterben, im vollen Wissen, was wir damit verlieren und welche negativen Folgen dieses Szenario mit sich bringt.

Wir von der CVP-Fraktion sind dezidiert der Meinung, dass wir das Hallen- und Gartenbad für Obersiggenthal erhalten sollten. In unseren Augen überwiegen die Vorteile gegenüber den Kosten. Ein eigenes Hallen- und Gartenbad hebt uns klar von vielen Nachbargemeinden ab. Alle Obersiggenthalerinnen und Obersiggenthaler können vom Schwimmbad – losgelöst von einer Vereinszugehörigkeit – profitieren. Ein Rückbau des Hallen- und Gartenbads ist ein massiver Leistungsabbau für die Bevölkerung.

Wir möchten, dass alle Schüler und Schülerinnen, welche in Obersiggenthal die Schulzeit besucht haben, fundiert schwimmen und sich nicht nur knapp über Wasser halten können. Dies ist dank dem Schwimmkonzept der Schule gewährleistet. Mit regelmässigem Schwimmunterricht werden auch die Vorgaben für den Sportunterricht im Lehrplan 21 erfüllt. Es sind keine unnötigen und aufwändigen Transfers in umliegende Schwimmbäder nötig, um einen minimalen Schwimmunterricht zu ermöglichen. Schwimmen ist eine Art Kulturtechnik, deren Erlernung möglichst vielen Leuten ermöglicht werden sollte. Müssen die Schwimmlektionen der Schule durch Turnlektionen ersetzt werden, so braucht es zusätzliche Hallenkapazitäten. Eine Stilllegung mit anschliessendem Rückbau verursacht unmittelbare Kosten von CHF 2,2 Mio. Zudem werden die in die Hallenbaddecke investieren CHF 1,6 Mio. und der verbleibende Anlagerestwert von rund CHF 4 Mio. vernichtet.

In den kommenden Jahren werden die Sommer sicherlich nicht kühler und die Hitzeperioden werden ausgeprägter und länger werden. Der Bedarf nach Abkühlung wird in Zukunft nicht abnehmen. Die Limmat ist hierzu nur bedingt eine Alternative, da Schwimmen wie soeben erläutert auch gelernt sein muss, insbesondere in fliessenden Gewässern mit zusätzlichen Gefahren

Das Hallen- und Gartenbad ist einer der wenigen "Generationenbegegnungsorte" in unserer Gemeinde. Hier sind alle Altersgruppen vom Säugling über Kinder und Jugendliche, Erwachsene und ältere Personen anzutreffen. Der Wert eines solchen Ortes mit Berührungspunkten zwischen Jung und Alt, ist nicht zu unterschätzen. Das Hallen- und Gartenbad sichert Arbeitsplätze in Obersiggenthal. Und nicht zuletzt: Geld kann so billig wie noch nie beschafft werden. Dies auch vor dem Hintergrund, bei dem man sieht, wie sich der Staat und die Kantone verschulden. Die durch Linus Egger präsentierten finanziellen Kennzahlen zeigen zwar, dass es anspruchsvoll wird bzw. bleibt, aber nicht unmöglich ist.

Aus den oben genannten Gründen sollten wir dem Baukredit zustimmen. Wichtig erscheint uns auch, diesen Baukredit jetzt als Gesamtpaket und nicht wieder aufgeteilt in Teiletappen zu bewilligen. Dies gibt dem Gemeinderat Planungssicherheit. Damit lassen sich Notfallszenarien wie bei der Hallenbaddecke verhindern. Notfälle, die erfahrungsgemäss oftmals mehr Kosten im Vergleich zu einer Situation mit genügend Vorlaufzeit. Der Gemeinderat kann somit sorgfältig planen und allenfalls weitere sinnvolle Etappierungsschritte vornehmen. Hierbei sollten wir dem Gemeinderat vertrauen, dass er die für die Gemeinde bestmögliche Etappierung wählt. Dies in baulicher wie auch finanzpolitischer Hinsicht. Letztendlich wird die Obersiggenthaler Bevölkerung am 29. November 2020 über dieses und weitere Projekte und auch über eine Steuerfusserhöhung entscheiden.

Die CVP-Fraktion unterstützt den Baukredit über CHF 9,469 Mio. für das Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal in der vorgelegten Form mit dem Eingangsbereich. Dies ist der Einzige für alle sichtbare Mehrwert.

Wir erwarten auch, dass alles darangesetzt wird, dass der Kostenrahmen eingehalten werden kann. Ebenso fordern wir den Gemeinderat auf, mögliche Geldquellen aus dem Swisslos Sportfonds sowie Beiträge von umliegenden Gemeinden zur Beteiligung am Betriebsdefizit zu akquirieren.

Werte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, setzen wir ein positives Zeichen für die kommende Abstimmung und stimmen dem vorgelegten Baukredit zu.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung dieses neuen Hallen- und Gartenbad-Projektes. Obwohl an diesem neuen Projekt etliche Abstriche, wie auch vom Einwohnerrat verlangt, gemacht wurden, kommt man immer noch auf eine sehr hohe Kreditsumme von CHF 9,20 Mio. Wenn wir ausserdem die aktuell sanierte Hallenbaddecke mit den CHF 1,60 Mio einrechnen, so käme die Gemeinde Obersiggenthal diese Grossrenovation auf hohe CHF 10,80 Mio. zu stehen.

Eine solch hohe Investition kann sich die Gemeinde Obersiggenthal, mit ihren jährlichen Defiziten mit dem aktuellen Steuerfuss von 105 % nicht leisten. Allein diese hohe Investition müsste eine weitere Steuerfusserhöhung um 5 % zur Folge haben gemäss FIKO. Die vorgesehenen 5 % Steuerfusserhöhung im aktuellen Finanz- und Aufgabenplan, plus weitere ca. 5 % für das Hallen- und Gartenbad, würden dann bereits einen Steuerfuss von 115 % für Obersiggenthal bedeuten. Weitere grosse Investitionen im Bildungswesen, wie ein neues Schulhaus oder wichtige IT-Anschaffungen für die Schulen, wären damit noch nicht finanziert. Wollen wir keine neuen, massiven Schulden aufbauen, müsste der Steuerfuss wohl gegen 120 % gehen. Das ist mit der SVP-Fraktion definitiv nicht zu machen.

Im Gegensatz zur linken Ratshälfte und der CVP-Fraktion, sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass wir nicht Geld investieren können, das wir gar nicht haben. Die heute schon grosse Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner von Obersiggenthal, immer weiter in die Höhe zu treiben, dies bei diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, lehnt die SVP-Fraktion mit absoluter Entschiedenheit ab.

Ein Hallenbad hat ausserdem eine sehr schlechte Oekobilanz bezüglich Energiebedarf wie auch Wasserverbrauch. Es erstaunt uns deshalb schon, dass gerade auch die Grüne Partei so vehement für ein Hallenbad einsteht.

Der Gemeinderat in Frick hat gerade vor kurzem ein solches Projekt für ein 50-jähriges Hallenbad zur Grossrenovierung, aufgrund der unverantwortlich hohen Kosten, selber zurückgezogen. Nach Auffassung des Gemeinderates Frick, kann man der Bevölkerung eine solch massive Verschuldung und den damit einhergehend hohen Steuerfuss, nicht zumuten. Auch in Frick stehen noch andere grosse Investitionen an.

Die SVP-Fraktion lehnt diesen unverantwortlich hohen Hallen- und Gartenbad-Kredit mit grosser Mehrheit ab.

Die SVP-Fraktion spricht sich dafür aus, dass das Hallen- und Gartenbad noch bis zu seinem absoluten Laufzeitende weitergeführt wird. Anschliessend sei der Rückbau mit Kosten von ca. CHF 2,20 Mio., in die Wege zu leiten.

Es sei denn, die Finanzlage von Obersiggenthal verbessert sich in Zukunft so massiv, dass man sich dieses Projekt bei Laufzeitende nochmals anschauen kann.

Ralph Hunziker: Beinahe zwei Jahre nach der Rückweisung des ersten Projekts, stehen wir wieder am selben Ort. Nehmen wir unser Hallenbad, nehmen wir unser Gartenbad? Für unsere Bevölkerung von Jung und Alt, Familien, Senioren, für die Schule und für Freizeit, für Sport und Spiel. Wollen wir uns dies leisten oder nicht? Die SP-Fraktion ist mit dem Gemeinderat einer Meinung, dass die Gemeinde Obersiggenthal ihr Hallen– und Gartenbad erhalten sollte und es auch renovieren muss. Wir sind erfreut darüber, dass die Anliegen aus der damaligen Rückweisung vollumfänglich berücksichtigt wurden. Damit ist die Basis gelegt für einen guten, politischen Kompromiss. Der weitaus grösste Teil des Investitionsvolumens geht auf bautechnisch,

zwingende Massnahmen zurück, sowie auch auf gesetzlich, zwingende Massnahmen. Auch energetisch dringende Massnahmen. 90% des Gesamtvolumens, veraltete Fensterfronten, Betonsanierung von CHF 2 Mio., dies steht alles in den Unterlagen und der guten Präsentation, die wir vor einigen Wochen erhielten. Der eher kleine, restliche Teil, wird zur Erneuerung des Eingangsbereichs verwendet. Wir sind davon überzeugt, dass sich diese Massnahme lohnt, sowie rechnet. Arbeitsprozesse werden beschleunigt, das Eintrittssystem wird automatisiert und die Angestellten erhalten einen zeitgemässen Arbeitsplatz. Dieser Zusatzwert des Hallenund Gartenbads ist sinnvoll, da im Eingangsbereich so oder so etwas gemacht wird. Wenn wir noch den Betrag von Swisslos dazurechnen, sind dies knapp CHF 8 Mio. an Investitionen, die wir tätiaen. In diesem Baukredit wird auch auf etwas verzichtet. Ich sehe kaum Umaebunasarbeiten, keine Erneuerung der Spielplätze, bis auf eine Rutschbahn, die aus sicherheitstechnischen Gründen ersetzt werden muss. Was wurde noch gestrichen? Die Aussengarderoben werden nicht verändert. Es sieht somit in gewissen Bereichen noch immer gleich aus. Dies mag für uns schade und auch etwas schmerzhaft sein, ist aber unerlässlich bei einem guten Kompromiss. Die Ablehnung des Baukredits ist nicht zweckmässig und birgt auch einige Risiken, speziell in finanzieller Hinsicht. Für uns ist nun der richtige Zeitpunkt den notwendigen Erhaltungen des Hallen – und Gartenbades zuzustimmen. Die SP-Fraktion befürwortet den Antrag einstimmig.

Christoph Villiger: Sie sind sicher sehr gespannt auf das Votum der FDP-Fraktion. Zu Beginn kurz eine Replik zu Urs Müller. Du hast erwähnt, dass die FDP-Fraktion bei der Fraktionspräsidentensitzung noch keine Indizien gesandt hat, bezüglich des Rückweisungsantrags. Dies stimmt und können wir begründen. Zum damaligen Zeitpunkt hatten wir keinen Aufgaben- und Finanzplan vorliegen, der erst am Donnerstag folgte, in dem wir dann die finanzielle Situation sahen. Das ist der Grund. Die Irritation darüber, warum wir heute mit dem Ordnungsantrag kamen, liegt daran, dass wir die Unterlagen über die Sitzung vom 23./24. September bekommen haben und darin die Zeitperiode bis 2030 abgebildet ist, dies im Gegensatz zu dem Plan bis 2025. Es sind somit zwei logische Gründe, warum dies heute der Fall war. Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die sehr gute Informationsveranstaltung. Diese war sehr fundiert mit der Anwesenheit der Experten. Somit konnten wir uns ein gutes Bild über das Projekt verschaffen. Das Projekt wurde auch um CHF 2,7 Mio. günstiger. Wir als FDP-Fraktion beurteilen dieses Projekt als kostenoptimiert und sinnvoll. Nicht das ein falscher Eindruck entstehen kann, wir sind für das Bad und schätzen dieses auch. Ich bin davon überzeugt, dass das Bad ein Standortvorteil ist. Das ein Hallen– und Gartenbad etwas kostet ist nicht Neues. Da schauen wir auf eine lange Leidensgeschichte zurück und wissen um die Kosten. Zum einen das Betriebsdefizit von CHF 350'000 des laufenden Jahres, sowie die CHF 350'000 Kapitalfolgekosten der Neuinvestitionen. Dies sind 2-3 Steuerprozente. Das diese tolle Infrastruktur, die wir haben etwas kostet, ist klar. Nun das berühmte "aber"! Ich möchte jetzt noch 2-3 Punkte erwähnen zu der Situation der Gemeinde Obersiggenthal. Wir hatten auch eine Stellungnahme der FIKO. Was uns Sorge bereitet, ist die Entwicklung der Verschuldung. Ihr habt den Plan alle gesehen. Trotz der geplanten Steuerfusserhöhung um 5%, steigt die Nettoverschuldung an. Der Trend zeigt eine Steigerung bis beinahe CHF 2'500 pro Kopf im Jahr 2025. Wenn man das Faktenblatt des Kantons Aargau anschaut, zu den Rechnungsabschlüssen 2019, dann sieht man genau 2 Gemeinden, die eine Verschuldung von über CHF 5'000 pro Kopf haben. Das Handbuch der Gemeinden sagt, dass eine Verschuldungsgrenze von CHF 2'500 pro Kopf angestrebt werden sollte. Ich denke dieser Betrag kennen viele, im Rahmen von Legislaturzielen. Trotz Erhöhung des Steuerfusses steigen die Schulden weiter an. Sie reduzieren sich nicht! Irgendwann besteht die Gefahr der Handlungsunfähigkeit, wenn die Schulden stetig steigen. Einmal ist fertig mit Schulden anhäufen. Darin sehen wir eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde. Wenn man dies für die Zukunft anschaut, muss einmal jemand dafür gerade stehen. Dies sind unsere Kinder und die darauffolgende Generation. Wir sind der Meinung, dass dies nicht zu verantworten ist, die Schuldenlast von beinahe CHF 50 Mio., unseren Kindern aufzubürden. Wir sind der Meinung, dass die Realisierung dieses Projekts finanziell nicht tragbar ist. Die zusätzliche Steuerfusserhöhung von nochmals 5%, wie von der FIKO skizziert, wird nicht mehrheitsfähig sein. Der Gemeinderat muss, nach unsere Meinung, klar aufzeigen wie er denkt. Wie er die Finanzen im Lot halten will, bei den zahlreichen Investitionsprojekten. Es

braucht eine klare finanzielle Strategie, welche aufzeigt, welche Projekte will der Gemeinderat machen und wie möchte er diese zeitlich staffeln respektive Priorisieren. Nun sind wir, als FDP-Fraktion im Dilemma. Wie schon gesagt, möchten wir den Erhalt des Hallen- und Gartenbads nicht grundsätzlich in Frage stellen, gleichzeitig die Finanzierung aber nicht verantworten können. Somit bleibt unserer Fraktion leider keine andere Wahl, das Geschäft ein zweites Mal zurückzuweisen. Wir haben den folgenden Rückweisungsantrag formuliert. "Eintretung von Prioritäten im Finanz- und Aufgabenplan. Welche Investitionen sind aus der Sicht des Gemeinderates, mit welcher Priorität zu tätigen? Je nach Priorisierung des Zeitpunkts, ergeben sich bedeutende finanzielle Folgen, die für das Szenario zu berücksichtigen sind." Mit diesem Rückweisungsantrag möchten wir als erstes den Gemeinderat und danach den Einwohnerrat in die Pflicht nehmen. Wir können nur gemeinsam den Weg aus dieser Situation beschreiten. Wir sagen dann ja zu dem Projekt Hallen- und Gartenbad, wenn uns der Gemeinderat aufzeigen kann, wie wir die Gemeinde damit finanziell langfristig im Gleichgewicht halten können.

Daniel Jenni: Damit haben wir einen Rückweisungsantrag für dieses Geschäfts. Zuerst wird über den Rückweisungsantrag abgestimmt. Wir behalten uns das Votum der Grünen im Moment vor. Jetzt geht es um den Rückweisungsantrag. Gibt es dazu Voten oder Kommentare?

Abstimmung

Rückweisungsantrag FDP-Fraktion: "Wir fordern die Rückweisung des Antrags, mit dem Auftrag, dass man Prioritäten im Finanz – und Aufgabenplan einbettet. Welche Investitionen sind aus der Sicht des Gemeinderates mit welcher Priorität zu tätigen. Je nach Priorisierung und Zeitpunkt bedeutende finanziell Folgen ergeben, die es im Plan mittels Szenarien abzubilden gibt".

Der Antrag auf Rückweisung wird mit 12 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abelehnt.

Urs Müller: Wir stehen hinter dem Bad. Das Bad ist eine Attraktion, was bereits gesagt wurde. Die 100'000 Eintritte im Jahr, setzen ein klares Zeichen. Wir Grüne stehen mit Überzeugung hinter dem Bad, auch wenn unsere "Grüne Ausrichtung" in Frage gestellt wird. Immerhin wird das Bad mit Holzschnitzel aus unserem Wald beheizt. Dahinter sind Menschen und die Forstwirtschaft die davon leben. Diese grosse Sanierung nach Ablauf von 50 Jahren ist notwendig. Die Verschuldung pro Kopf wird ansteigen, dies ist klar, aber der Zeitpunkt ist trotzdem passend. Als erstes erhalten wir nie wieder zu diesen günstigen Konditionen Geld. Als zweites, gerade in Krisenzeiten, sprich Corona, hat die öffentliche Hand die Aufgabe zu investieren. In den 30er Jahren entstand das Bad in Baden, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Von den Gegnern des Bades wird oft gesagt, dass der nächsten Generation kein Spielraum mehr bleibt und wir ihnen nur Schulden hinterlassen. Dies stimmt nicht. Wir hinterlassen ihnen ein wunderschönes Bad, von dem sie profitieren werden. Hätten alle, bei der Planung vor 50 Jahren so gedacht, dann hätten wir heute kein Bad. Wenn man damals schon gesagt hätte, man könne sich dies nicht leisten weil die folgenden Generationen darunter leiden würden. Wir werden dem Kredit ohne Abstriche zustimmen. Nun habe ich noch eine Anregung für den Gemeinderat. Wir haben von den "Betteltouren" bei den Nachbargemeinden gehört, was wir richtig finden. Wir fragen daher den Gemeinderat ob die Möglichkeit eines Sponsoring oder eines crowdfunding besteht? Viele stellen sich die Frage nach dem Sinn. Doch haben dies zwei Nachbargemeinden soeben getan. Ennetbaden hat die Promenade teilweise mit Sponsorengeld finanziert. Man spricht von CHF 100'000 die Ennetbaden eingenommen hat. Das Kurtheater Baden hatte die Idee die Sitze mit den Namen der Sponsoren zu beschriften. Warum können wir bei der Sanierung nicht etwas Aufstellen oder eine Wand zur Verfügung stellen, auf der sich die Sponsoren verewigen könnten. Etwas in dem Sinne wurde bereits bei der Gründung des Bades gemacht. Damals war es eine Genossenschaft. 300-400 Genossenschaftler zahlten regelmässig Beitrage. Ich durfte dieses Genossenschaftsverzeichnis für die Schwimmbadkommission einige Jahre führen. In diesen Fond wurde einbezahlt mit der Gewissheit, das Geld nicht zurückzuerhalten. Nun biete sich die elegantere Lösung, indem man

die Sponsoren namentlich erwähnt. Dies als kleine Anregung für den Gemeinderat.

Carol Demarmels: Wir haben ganz viele positive Punkte gehört. Von Ralph und Andi, für mich ist dies alles verständlich und plausibel. Marcel nannte ein paar besorgniserregende Punkte, was aber für mich auch verständlich ist. Ich persönlich schätze den Abriss des Bades nicht als nachhaltiger ein, als die Erhaltung des Bades. Im Vergleich: Wenn zu Hause das Bad renoviert werden müsste, und man es stattdessen zuschüttet. Natürlich hätte man dadurch kurzfristig die Kosten gespart, doch wenn man das Haus einmal verkaufen möchte, ist der Wert dadurch gemindert. Mit dem Hallen- und Gartenbad verhält es sich nicht anders. Unsere Gemeinde verliert an Wert. Eine Gemeinde ohne offensichtlichen Wert, zieht auch keine auten Steuerzahler an. Die Kosteneinsparungen bei einem Abriss, können wir nicht genau wissen. Doch hätten wir damit auch Verluste, weil wir eine zusätzliche Turnhalle bräuchten. Die Finanzplanung bis 2030 wurde erwähnt, die bei den neuen Unterlagen zu finden ist, welche ich noch nicht anschauen konnte. Sollte ich Peter richtig verstanden haben, dann ist es grundsätzlich so, dass ein Szenario aufgezeigt wird, welches gemäss Peter ein "Worst-Case-Szenario" ist. Bis 2030 kann noch so viel passieren, dass wir dies heute noch nicht definitiv sagen können. Alles in allem ist dies ein schwieriger Entscheid, wir alle würden es uns anders wünschen. Doch müssen wir uns bewusst sein. Wir entscheiden dies nicht! Wir entscheiden nur darüber, ob das Volk die Entscheidung treffen darf. Die Steuererhöhung muss das Volk bezahlen. Darüber wird transparent informiert. Meiner Ansicht nach ist es nicht richtig, dem Volk diesen Entscheid nicht zu überlassen, sondern heute entscheiden das Bad abzureissen.

Marcel Müller: Schon oft kam der Punkt der Attraktivität ins Gespräch. Wir haben uns alle die Aussagen zu der Attraktivität angehört und nun versuchen wir nachzuvollziehen, man nennt dies wissenschaftlich empirisch. Wie verhält es sich nun mit der Attraktivität (Hallen- und Gartenbad, Goldiland, Bibliothek/Ludothek und Dreifachturnhalle)? Alle diese Institutionen haben einen grossen Wert für die Gemeinde. Aber es ziehen keine neuen Einwohner zu. Auch die Steuerkraft, so wie es auch Linus aufgezeigt hat, nimmt ab. Die These der Attraktivität ist nicht belegt. Spätestens nach Goldiland konnte man dieser Argumentation noch folgen und sah den Sinn darin. Zwei können arbeiten, daher sollte es mehr Steuereinnahmen geben. Meine eigene Aussage dazu war, dass dies einen gewissen Sinn hat, obwohl einige daran zweifelten. Die Steuereinnahmen fehlen. Doch wird so viel über die Attraktivität gesprochen. Nur auf Grund des Bades, ob existent oder inexistent, ziehen keine guten Steuerzahler in die Gemeinde. Von den genannten 100'000 Eintritten pro Jahr, sind 50'000 nicht einmal Obersiggenthaler. 50'000 Eintritte hat Obersiggenthal, das ist Fakt. Der Rest teilen sich Besucher die zu uns kommen und partizipiert Freude haben. Doch diese Leute bezahlen keinen Franken an Steuern in der Gemeinde. Nein, das Bad hat nicht diesen Stellenwert. Wenn wir bei CHF 5 oder CHF 6 Mio. wären, eher bei CHF 5 Mio., dann wäre die SVP-Fraktion auch mit im Boot. Doch beim jetzigen Preis können wir einfach nicht mit an Bord sein.

Carol Demarmels: Ich möchte nur noch zu sagen, dass dies nicht belegt ist, aber das Gegenteil ist auch nicht belegt. Dies verhält sich gleichermassen beim Coronavirus. Heute können viele behaupten, dass wir zu starke Massnahmen ergriffen haben, können aber nicht sagen, was ohne diese Massnahmen passiert wäre. Ebenso verhält es sich hier. Wir wissen nicht wie es in Obersiggenthal aussehen würde ohne Bibliothek, ohne Ludothek und ohne Goldiland. Dies wissen wir nicht. Das Wichtigste meiner Aussage ist, dass nicht wir dies zu entscheiden haben, sondern das Volk. Wir entscheiden hier nur, ob das Volk entscheiden darf. Was meiner Meinung nach ein ganz klares "Ja" zu dieser Tatsache ist.

Micha Jetzer: Ich hoffe einfach, wenn es vor das Volk kommen sollte, dass wir die realistischen Zahlen bei der Steuererhöhung nennen und nicht nur die 5%.

Peter Marten: Mein Heimatort ist Frick. Ich bin mir nicht sicher, wie weit diese Tatsache einen Einfluss auf meine Meinung hat, da ich viele negative Punkte aufgezeigt habe. Sicher sind Fricktaler auch positive Menschen. Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat bedanken, dass umliegende Gemeinden angefragt wurden um Unterstützungsbeiträge. Das finde ich

äusserst positiv und bedanke mich dafür. Ein sehr gutes Zeichen. Ich war früher einmal in einem Männerchor. Dort gab es eine Liedzeile, die mir in Erinnerung geblieben ist, vor allem in düsteren Zeiten. Diese Liedzeile heisst: "Hoffnung macht alles uns leicht!" Ich möchte diese Hoffnung etwas konkretisieren. Ich habe gehört, dass der Gemeinderat der Überzeugung ist, dass man dies stemmen kann. Darum möchte ich nun einmal auch hören, wie wir CHF 48'000'000 Schulden senken wollen? Ich bin mir nicht sicher, wer den neuen Aufgaben- und Finanzplan wirklich angeschaut hat. Darf ich nur 2 oder 3 Zahlen erwähnen, gegenüber dem Plan, welcher vor einem Jahr vorlagen. Steuereinnahmen im Jahr 2022 minus CHF 1,8 Mio., im Jahr 2023 minus CHF 1.6 Mio. und im Jahr 2024 minus CHF 1.5 Mio. Verschuldung, auch eine schöne Zahl. Im Jahr 2022 plus CHF 2.8 Mio., im Jahr 2023 plus CHF 8.5 Mio. mehr als noch vor einem Jahr. Im Jahr 2024 plus CHF 13.8 Mio. Ich habe doch das Gefühl, dass sich hier etwas verändert hat. Ich muss ehrlich zugeben, ohne pessimistisch zu sein, ich habe keinen Plan, keine Idee, wie wir diese Schulden senken sollen, ausser mit der Hoffnung, dass alles gut werden wird. Was empirisch bewiesen ist, wenn man die Abschlüsse der letzten Jahre anschaut, dass wir eher negativ als positiv überrascht wurden.

Jacqueline Magni: Ich möchte mich der Aussage von Carol anschliessen. Mir ist es sehr wichtig, dass die Entscheidung beim Volk liegen soll. Das Volk soll transparent entscheiden können. Dass die einzelnen Kostträger aufgelistet sind, inklusive allen Steuerfusserhöhungen die das Vorhaben mit sich bringt. Das ist mir persönlich sehr wichtig. Ich möchte das Ganze nicht Bach ab schicken und somit kann das Volk nicht entscheiden. Es sollen alle sagen können, ob sie dies mit allen Konsequenzen inklusive allen steuerlichen Konsequenzen, befürworten, obwohl wir die daraus resultierenden Folgen noch nicht kennen.

Ursula Haag: Die Rücksichtnahme auf das Volk ist gut und recht, aber der grössere Teil des Volkes interessiert sich nicht dafür, wieviel Schulden die Gemeinde hat. Das Volk findet alles toll, denkt sich die Steuererhöhung wäre nur das Worst-Case-Szenario, wir wiederum bewilligen, durch das Volk gestützt, alle Investitionen wobei der Steuerfuss auf 105% geblieben ist. Sicher sind einige davon überzeugt, dass nur durch eine Steuererhöhung all dies möglich ist. Doch bin ich sehr pessimistisch, dass unser Volk in die Aula kommen wird, um sich darüber zu informieren. Um das Volk gründlich aufzuklären, müsste ein grosser Aufwand betrieben werden, damit am Schluss das Resultat klar ist und das Volk "Ja" sagt zu der Steuererhöhung.

Lukas Füglister: Schlussendlich, bin ich ein Vertreter des Volks. Ein gewisser Teil der Bevölkerung unserer Gemeinde hat mich gewählt. Als "Gewählter" fühle ich mich verpflichtet, im Rat eine Meinung zu haben. Das Schwimmbad erhalten oder das Schwimmbad nicht erhalten. Peter, Marcel und Christoph haben die Lage aufgezeigt. Mittlerweile packt mich die Unruhe. Es geht nicht um CHF 27 Mio. Schulden, es geht auch nicht um CHF 130 Mio. Schulden, es geht um CHF 48 Mio. Schulden. Ich weiss es nicht genau, aber vielleicht ist diese Reise noch nicht beendet. Es geht nicht nur um 5% Steuererhöhung. Dies ist nur der erste Schritt. Aber wie sieht der zweite Schritt aus? Nochmals 5% und dann erneut 5%? Wir müssen über 10% oder 15% diskutieren. Die FIKO als, für mich in dieser Gemeinde, finanzielles Gewissen, hat sich klar dazu geäussert. Die 5% Steuererhöhung reicht bei Weitem nicht aus. Ich möchte das Hallen- und Gartenbad auch behalten. Ich möchte auch, dass unser Volk dazu "ja" oder eben "nein" sagen kann. Doch, sollten wir im Rat mit "ja" dazu stehen, welches Signal sendet dies an die Bevölkerung? Wenn wir "ja" sagen, dann ist der Fall klar. Das Expertengremium hat dazu "ja" gesagt, dann denkt sich das Volk, wenn die Experten dazu positiv eingestellt sind, dann werde ich auch "ja" dazu sagen. Mit allen folgenden Konsequenzen. Jetzt mit Corona, weiss ich nicht, wieviel das Steuersubstrat abnimmt. Wahrscheinlich gewinnt es nicht an Zunahme, sondern nimmt eher ab. Ich möchte an dieser Stelle nicht zu pessimistisch sein. Viele Einwohner haben keine Garantie auf ihren Job. Ich selbst bin froh, noch eine Stelle zu haben. Ich setze mich dafür auch mit 120% ein. Doch ist nicht immer alles Gott gegeben. Aus dieser Perspektive, Vorsicht bitte.

Erich Schmid: Ich muss nun provokativ werden. Dies war der Dritte der SVP-Fraktion, welcher sagte, dass 5% nicht reichen werden. Ich gehe davon aus, dass in drei Wochen ein Antrag der SVP-Fraktion eintrifft mit der Forderung, den Steuerfuss um 10% oder 15% zu erhöhen. Als

erstes geht es anscheinend nicht um das Projekt selbst, dies scheint gut zu sein und erhielt keine Kritik. Es geht rein um die Finanzen, was ich auch verstehe in dieser finanziellen Situation, in der wir uns befinden. Man muss sich einfach bewusst sein, dies versucht der Gemeinderat auch darzulegen im Kapitel 6.1 Exit! Nicht mit einberechnet ist dort, dass wir vielleicht eine neue Halle benötigen werden. Der Gemeinderat hat CHF 8 Mio. ausgewiesen, das muss man nicht mehr in Frage stellen, das ist bereits ausgegeben. Auch der Buchwert muss nicht mehr in Frage gestellt werden. Es aber nun mal "X" Millionen, die wir so oder so benötigen. Mit oder auch ohne Schwimmbad, irgendwo werden diese investiert oder eben auch nicht. Wir haben einen Kredit von rund CHF 9 Mio. Der Abbruch wäre geschätzt mit CHF 2 Mio. und eventuell kommen noch einige Dinge dazu. Eine neue Halle, schätzungsweise CHF 3 oder CHF 4 Mio., dann stehen wir bei CHF 5 oder CHF 6 Mio., welche die Alternative zum Schwimmbad wären. Wir haben einen Bruttokredit von ungefähren CHF 9 Mio., minus der Anteil von Swisslos, vielleicht minus sonst noch irgendetwas. Nette sprechen wir von CHF 2 oder CHF 3 Mio. und nicht von CHF 9 Mio. Die Verschuldung wird gegen CHF 48 Mio. sein, ob nun Brutto oder Netto, zwischen CHF 45 und 48 Mio., es ist nun mal sehr viel Geld. Doch sprechen wir im Augenblick nicht von der Nettoausgabe der CHF 9 Mio. Wir produzieren andere Kosten, wo immer diese her stammen mögen. Netto sprechen wir von CHF 3 - 4 Mio. Franken. Ist natürlich auch viel Geld, ich möchte dies nicht schmälern. Man muss sich einfach bewusst sein, dass die Ablehnung nicht bedeutet, dass der Aufgaben- und Finanzplan um CHF 9 Mio. entlastet wird, dies stimmt so nicht. Der Aufgaben- und Finanzplan wird um zirka CHF 3 Mio. entlastet. Dazu kommt, dass wir kein Schwimmbad mehr hätten.

Lukas Füglister: Ich möchte etwas zum Beitrag von Erich sagen. Ich habe das letzte Jahr, hier im Rat nachgefragt, wie hoch die Auslastung in der Dreifachturnhalle ist. Zu wie vielen Prozenten die Halle ausgelastet ist? Bis heute habe ich keine Antwort auf diese Frage erhalten. Im Moment ist es so, dass am Montag die erste Klasse gegen 10:00 Uhr in die Halle kann, da diese zuerst gereinigt werden muss. Einige Meter weiter haben wir eine Doppelturnhalle. Mir ist auch nicht klar, wo eine neue Turnhalle gebaut werden soll. Vielleicht haben wir noch Landreserven hinter dem Goldiland oder neben dem Schulhaus. Wahrscheinlich hätte man Kapazität im OSOS. Dieses Projekt steht zurzeit noch nicht zur Diskussion. Logisch, falls wir das Hallenund Gartenbad schliessen werden, braucht es eine Alternative, damit sich die Kinder bewegen können. Da aber keine Zahlen der Benützung vorliegen, ist dies mit Vorsicht zu geniessen, ob es eine neue Halle braucht.

Carol Demarmels: Lukas, dies stimmt nicht. Wir erhielten einen ausführlichen Plan, wann die Hallen durch wen belegt sind.

Lukas Füglister: Es wurde leider nicht aufgezeigt, wo Optimierungsmöglichkeiten bestünden. Der Montagmorgen war nicht aufgezeigt.

Peter Stucki: Ich möchte kurz eine Antwort dazu geben. Viel zu optimieren gibt es nicht. Wir sind mit dem SCS in der Diskussion um Lösungen zu suchen, bezüglich dem Harzproblem. Dies würde 2–3 Stunden frei machen, die man wieder belegen könnte am Montagmorgen. Für die restliche Zeit kann ich keine Auskunft geben, vielleicht kann Andreas Baumgartner, der in der Belegungskommission ist, mehr dazu sagen.

Andreas Baumgartner: Die Schulleitung, der Stundenplaner und ich als Sportlehrervertreter sowie Sandro Fischer sind involviert. Weitere Optimierungsmassnahmen zur Nutzung werden geprüft.

Micha Jetzer: Ich möchte zum Beitrag von Erich noch etwas ergänzen, was die CHF 2-3 Mio. betrifft. Etwas fehlt mir hier noch. Das jährliche Defizit, welches wir auch zu tragen haben. Nach dieser Investition kommt die nächste Investition. Wir sind bei weitem nicht bei den CHF 2–3 Mio. stehen geblieben.

Friedrich Wollmann: Ich möchte einen kleinen, positiven Input geben. Wir haben im Häfeler-

hau in nächster Zukunft eine Zunahme von 35 Wohnungen, nicht unbedingt für Sozialhilfeempfänger wie ich denke. Wir haben im Markthof Ost über 60 Wohnungen geplant, die nicht geeignet sind für Senioren, sondern eher gedacht sind als Familienwohnungen. Wir rechnen mit mehr Kindern. Unsere Gemeinde lebt. Die Einwohnerzahl nimmt zu, somit ist das ein positiver Aspekt und wir sprechen nicht über eine Gemeinde, welche dem Untergang geweiht ist. Ich kann sehr gut nachvollziehen was Lukas gesagt hat, dass er mit seinem Amt eine starke Verantwortung spürt. Diese Verantwortung spüre ich durchaus auch, versuche aber in die Zukunft zu denken und ich stelle mir Fragen wie, wie lebendig ist unsere Gemeinde oder auch wie attraktiv ist die Gemeinde. Dies ist vielleicht ein kleiner Aspekt, die Annahme, dass neue Steuerzahler dazukommen werden.

Daniel Gadient: Ganz kurz zu diesem Input. Wenn Wohnungen gebaut werden, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass diese auch besetzt werden können. Wir haben in der Gemeinde relativ viele leere Wohnungen. Sollten Familien in Betracht ziehen umzuziehen, sehen dann den Steuerfuss von Obersiggenthal, dann könnten sie ebenso gut nach Untersiggenthal, Baden oder Ehrendingen ziehen. Trotzdem wäre es ihnen möglich das Schwimmbad zu besuchen. Nur Wohnungen zu bauen erfüllt nicht den Zweck, man muss auch in der Lage sein die Wohnungen zu füllen. Um das zu erreichen müssen wir eine attraktive Gemeinde sein, was wir mit diesem Steuerfuss nicht sind.

André Kummer: Neue Familien sind gut und recht. Dies zieht aber auch wieder mit sich, dass wir neue Turnhallen bräuchten mit der Zeit. Es besteht auch ein Fragezeichen, ob diese Familien gute Steuerzahler sind. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass 10 oder 15% vielleicht sogar 20%, die wir in den nächsten Jahren den Steuerfuss erhöhen, dass dann die guten Steuerzahler sicher weg bleiben. Diese bleiben dann nicht in der Gemeinde. Respektive passiert folgendes, dass die guten Steuerzahler Obersiggenthal verlassen werden. Unter dem Strich haben wir dann, trotz der Erhöhung, noch mehr Verluste. Diese Rechnung geht für mich nicht auf

Peter Marten: Ich habe noch eine Frage gestellt, auf die ich noch keine Antwort erhalten habe. "Wie kommen wir von CHF 48 Mio. Schulden weg?"

Linus Egger: Könnte ich dies zum Ärmel ausschütteln, dann hätte ich diese Lösung bereits gesagt. Es sind noch gewisse Dinge angedacht welche im Budget noch eingefügt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: "Für den Erhalt des Garten- und Hallenbades wird ein Baukredit über CHF 9'195'000 inkl. MwSt. bewilligt."

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

7 2020.13 Fusion Bevölkerungsschutz der Regionen Baden und Wasserschloss per 1. Januar 2021, Gemeindevertrag

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Regierungsrat legt das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und über den Zivilschutz im Kanton Aargau, Organisationsstrukturen Bestandszahl

"Mittel" vom Zivilschutz fest. In diesem Zusammenhang wurde in der Region der Beschluss gefasst, dass die beiden Organisationen Baden und Wasserschloss, fusioniert werden sollen. Eine Projektgruppe, bestehend aus Mitglieder der beiden Organisationen, haben die neuen Strukturen, welche zu genehmigen sind im neuen Gemeindevertrag, ausgearbeitet und den Personalbedarf geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass es Grössenordnung um 60'000 Einwohner geht, welche eine grosse Herausforderung ist, die es zu bewältigen gilt. Es handelt sich um den Hochwasserschutz im Bereich des Wasserschlosses, wir haben die ZWILAG in unserem Bereich und der Bahnhof in Baden gilt auch als Herausforderung. Zudem werden rund 470 Angehörige des Zivilschutzes, neu in dieser Region eingeteilt sein. Aus diesem Grund wurde der Vertrag so ausgearbeitet und das Organigramm neu angepasst. 10 Gemeinderäte und ein Stadtrat, sowie der Kanton, haben diesem Vertrag bereits zugestimmt. Nun ist es notwendig, dass die betroffenen Gemeinden noch zustimmen. Die Zustimmung wurde bereits ausgesprochen in Würenlingen, Ehrendingen, Gebenstorf und Ennetbaden. Ich stelle auch hier den Antrag, den Gemeindevertrag zu genehmigen.

Peter Huber: Wir haben das Geschäft durchgesehen. Wir danken für den ausführlichen Bericht und den Antrag. Nichts desto trotz eine kleine Anmerkung. Heute macht man es in zwei Regionen mit 440 Stellenprozent, später soll es als eine Region mit 510 Stellenprozent gewährleistet sein. Die Kosten sind dann definitiv höher für die Gemeinde und den Bund. Ich bin mir nicht sicher, wer solche Dinge ins Auge fasst. Fusionen sind heute an der Tagesordnung, dies machen wir ja auch, so war es auch bei unserer Spitex. Die Spitex wurde auch nicht günstiger. Ich weiss nicht wie weit die Gemeinde mitbestimmen kann oder auch etwas unternehmen kann. Wir werden dem Antrag trotzdem zustimmen, aber ich finde es sehr unschön, solche Dinge zu tun.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Frage nach den zusätzlichen Stellenprozenten trat auf. Ja, es sind mehr Stellenprozente. Die Organisation wird grösser, es sind mehr Einwohner zu betreuen, die Bataillionsstruktur ist vom Kanton vorgegeben. Das Ganze muss auf professionellere Beine gestellt werden und dies bedingt, dass es mehr Stellenprozente in Festanstellung braucht. Aus der Sicht von Baden, sollte es im bisherigen Rahmen, in bisheriger Organisation weitergehen, müssten selbst dann zusätzliche Stellen beantragt werden.

Keine weiteren	Wortmeldungen

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: "Der Gemeindevertrag zur Bildung einer Bevölkerungschutzes Region Baden sei zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8 2019.27 Postulat Peter Marten betreffend Velovorzugsrouten im Siggenthaler Feld – Schutz und Erhalt dieses Naherholungsgebiets

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten: Mit Freude habe ich die Antwort des Gemeinderates aufgenommen. Ich bin dem Gemeinderat dankbar, dass dieser klar Stellung genommen hat zum Schutz des Siggenthaler Feld. Nachdem ich das Postulat lanciert hatte, erhielt ich viele Reaktionen. Ich bin Mountainbiker der ersten Stunde. Ich habe nichts gegen Velovorzugsrouten. Ich finde es sehr positiv wenn immer mehr Leute auf das Velo umsteigen, und so ihre Distanzen zurücklegen. Gegen dies habe ich nichts einzuwenden. Doch habe ich etwas dagegen, wenn das Siggenthaler Feld zugepflastert wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat: Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen und das Postulat von der Kontrolle abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 38 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Lukas Füglister: Mir fehlt die Stellungnahme der Landwirtschaftskommission. Ist diese hier eingeflossen? Wir haben dies in der Verkehrskommission auch besprochen und ich finde es schade, dass dies nicht vermerkt ist darin.

9 2020.15 Umfrage

Denise Hunziker: Ich wollte dies vorhin schon anmerken, komme aber jetzt dazu. Unser Siggenthaler Feld, der Weg in der Mitte, ist in keinem guten Zustand und viele Schlaglöcher. Was die Nutzer dazu bewegt, nur den Mittelteil zu benutzen. Ich erlebe immer wieder sehr prekäre Situationen, darum möchte ich den Gemeinderat bitten, den Weg soweit wieder instand zu setzen, dass er für alle Beteiligten, ob Rollator, zu Fuss, Hund oder Velo wieder gut benutzt werden kann. So, dass man wieder zweispurig im Kies den Weg sieht und nicht nur noch auf einer Spur.

Daniel Gadient: Ich habe dem Gemeinderat letzte Woche ein Schreiben zukommen lassen, bezüglich der Plakatierung in der Gemeinde. Ich bin mir nicht im Klaren darüber, ob die fehlenden Plakate von uns entfernt oder abgerissen wurden. Leider habe ich noch nichts gehört von euch. Mein Wunsch war es, bis heute eine Antwort zu erhalten. Es sind noch viele Plakate die falsch hängen und man es nicht für nötig hielt, diese abzuhängen. Ist nun eine Antwort auf mein Schreiben bereit?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Von Seiten der SVP-Fraktion kam eine Anfrage an den Gemeinderat. Darin steht, dass am 14. August 2020 anscheinend ein Plakatständer der SVP abgeräumt wurde. Es seien des Weiteren mehrere Plakate der SVP, zwei der FDP und eines der Grünliberalen weg. Ebenso erhielt das Schreiben die Frage über die Standorte verschiedener Plakate. Die Tatsache, dass die ersten Plakate die SVP und FDP betroffen hat ist, dass dies Plakate waren, auf denen es um die jetzig bevorstehende Abstimmung handelte. Die Haltung der Verwaltung ist folgende: Wir werden Plakate abhängen welche im Bereich von Kreuzungen oder Fussgängerstreifen sind. Plakate, welche die Verkehrssicherheit klar gefährden. Ebenfalls werden Plakate weggenommen die am Boden liegen. Solange die Plakate an den Kandelabern auf einer vernünftigen Höhe sind, werden diese geduldet. Das Beste wäre, untereinander ein WhatsApp zu senden, dann können die Verantwortlichen kurz los, um dies wieder in Ordnung zu bringen. Ich persönlich habe heute versucht ein Plakat zu richten. Leider ist mir das nicht gelungen. Wir möchten nicht mit dem Metermass unterwegs sein um alles nachzumessen. Wir versuchen die Handhabung per Augenmass. Ansonsten würde alles aus dem Ruder laufen.

Daniel Gadient: Das Plakat der SVP, welches entfernt wurde, befand sich in der Landwirtschaftszone. An einem Ort, an dem es seit Jahren geduldet wurde. Gemäss dem Gemeindereglement ist es dort nicht korrekt aufgestellt. Da dies aber seit Jahren geduldet wurde, sind wir davon ausgegangen, dass dies noch immer so ist. Wir sehen darin keine Verkehrsgefährdung. In der Nähe von Martin Müller, Mittig der Wiese daneben, knapp 3 Meter Abstand zur

Strasse. Dies ist eine 60km/h Strecke, welche lange geradeaus verläuft und zwei Dorfstrassen nach Kirchdorf Mitte. Ich verstehe nicht, wie dieses Plakat verkehrsgefährdend sein kann. Dann empfinde ich das Plakat der Schulpfleg, gegenüber der Coop Tankstelle, an dem man den Kopf anschlägt, als bedeutend verkehrsgefährdender. Wenn wir beginnen Plakate abzuhängen, dann mit gleichem Mass und sollten diesen Richtwert auch uneingeschränkt durchziehen. Nicht mit wertendem Blick, weil eines der Plakate jemandem nicht zusagt. Nicht die Gesetze zuschneiden, damit die einen falsch plakatieren dürfen und andere nicht. Das geht nicht! Hier muss eine Linie gefunden werden.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: An dieser Stelle möchte ich ganz klar erwähnen, die Gemeinde nimmt keine Zensur vor.

Friedrich Wollmann: Ich habe vor einiger Zeit aus der Presse erfahren, dass die Stiftung Gässliacker nach drei Jahren grösster Anstrengung den Plan aufgegeben hat, ein medizinisches Zentrum einzurichten. Ich hoffe es ist allen bewusst, dass wir nur noch eine Hausärztin im 60% Pensum haben, für eine 8600 Einwohnergemeinde. Wobei sich viele dem Rentenalter nähern. Es ist mir nicht ganz klar! Anscheinend zählt die ärztliche Grundversorgung nicht zum Service Public! Dies habe ich daraus so verstanden. Dies lässt mein Herz zu schneller schlagen. Es gibt zu viele Menschen in unserer Gemeinde die nicht so flexibel sind, kurz nach Baden oder Endingen ins Doktorzentrum zu fahren. Beim MiA sehen wir dass die Einwohner, einen Hausarzt zwischen Neuenhof und Würenlingen haben. Das Problem des Hausärztemangels ist allgemein bekannt. Doch gibt es Gemeinden, die vorhandene Infrastrukturen anbieten, also könnte es doch interessant sein in diese Gemeinde zu ziehen und als praktizierender Arzt zu arbeiten. Es ist mir bewusst, dass die erwähnten 48 Mio. bereits auf die Gemeinde zukommen. Trotzdem habe ich die Vorstellung, dass wir dieses Thema nicht ausklammern können.

Walter Vega, Gemeinderat: Du rennst damit offene Türen ein bei mir. Ich selbst bin im Stiftungsrat. Es war eine lange Reise bis hier hin. Das Hauptproblem war nicht die Infrastruktur, der Bau eines Gebäudes, das Problem war Leute zu finden, welche in dem Gebäude arbeiten wollen. Es würde auch nichts nutzen an einem anderen Ort ein Gebäude aufzustellen, wenn ich keine Hausärzte finde. Das ist das Hauptproblem! Wir waren bereits im Gespräch mit einigen, die sich auf einmal zurückgezogen haben. Ein Umdenken bei den Hausärzten hat stattgefunden. Sie möchten sich nicht mehr verpflichten, sie denken wirtschaftlich. Die Hausärzte möchten als Angestellte arbeiten oder in Teilzeit angestellt sein. Man hat heute eine andere Haltung zu dem Beruf und zur Medizin. Dies ist die Schwierigkeit! Wir lehnen uns nicht einfach zurück und erklären dies mit den Worten: "Wir hatten nun halt Pech!" Es ist nicht so, dass der Gemeinderat einfach Gebäude errichten kann und dies so geht. Wir würden aber bei einem Bauvorhaben unterstützend einwirken, indem wir im Gespräch den Vorschlag über Räumlichkeiten für Gewerbe oder eine Arztpraxis unterbreiten. Hier werden wir die Ohren offen halten! Es ist und bleibt ein Anliegen, welches auf der Prioritätenliste ganz oben zu finden ist. Auch von der Bevölkerung höre ich diese Sorge. Selbst mein eigener Hausarzt wird nächstes Jahr das Pensum reduzieren um 50%. Sollte etwas passieren, muss ich unter Umständen ins Spital fahren. Das ist ein Thema und ich kann die Sorgen nachempfinden. Trotzdem ist es nicht so, dass der Gemeinderat einfach von sich aus Gebäude aufstellen kann. Wir wären aber unterstützend dabei.

Nadine Meier: Ich habe Bettina Lutz Güttler eine Mail geschrieben betreffend den Sprayereien in Kirchdorf. Du hast mir versprochen Bescheid zu geben. Ich war letztes Mal nicht anwesend, vielleicht darum. Es war die Frage gemeint, ob die Gemeinde etwas unternommen hat.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Eine Strafanzeige wurde eingereicht. Auskunft über den aktuellen Stand kann ich im Augenblick nicht geben, der Vorfall war im März. Ich bin mir sicher, dass die Strafanzeige gemacht wurde, kann mich aber im Moment nicht an die Einzelheiten erinnern. Anfang des Jahres, Februar oder März, gab es in Kirchdorf unteranderem im Bereich des Schulhauses Sprayereien, dies wurde der Polizei gemeldet. Wir hatten auch ein Gespräch mit dem zuständigen Polizisten. Ich bin mir gerade nicht sicher, ob die Sprayerei

schon entfernt wurde. Es ist aber grundsätzlich die Praxis der Verwaltung, solche Sachen bald möglichst zu entfernen. Auch, damit der Anreiz nicht gegeben ist, weitere Sprayereien zu tätigen.

Daniel Jenni: Wenn k	keine Anmerkungen	mehr sind, dan	nn schliessen wi	r die Sitzung ι	Jm 21:50
Uhr.					

Der Präsident:		
Daniel Jenni		
Die Protokollführerin:		
Romana Hächler		